

Berlin, 5. März 2021
sö-ar



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Bundesvorstand

Personenbeförderungsgesetz: Einführung von Sozialstandards positiv

„ver.di begrüßt die Einführung von Sozialstandards bei neuen Mobilitätsdiensten“, so die stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) **Christine Behle**.

5 Hintergrund ist, dass der Bundestag heute (5. März 2021) in zweiter Lesung eine No-
vellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) beschlossen hat, das Gesetz
muss noch durch den Bundesrat. Das PBefG bildet die gesetzliche Grundlage für Ver-
kehr mit Bussen, Straßen- und U-Bahnen, aber auch für Taxen, Mietwagen, Pooling-
10 Dienste und On-Demand-Verkehre. Die Novellierung dient unter anderem dazu, Re-
gelungen für neue Mobilitätsdienste zu schaffen.

ver.di hatte gefordert, dass der Schutz der Beschäftigten im öffentlichen Verkehr und
bei neuen Mobilitätsdiensten gestärkt wird, um Sozialdumping auszuschließen. Für
neue Mobilitätsdienste wurde gegenüber dem ersten Entwurf jetzt tatsächlich nachge-
15 bessert, indem die Kommunen Mindestvorgaben unter anderem zu Entlohnung, Ar-
beitszeit- und Pausenregelungen bei den neuen „Gebündelten Bedarfsverkehren“ fest-
legen können, jedoch nicht müssen. In Großstädten können diese Vorgaben unter be-
stimmten Umständen auch für Mietwagen vorgegeben werden.

20 Ob die Regelungen gerichtsfest sind, müsse sich aber erst erweisen. „Die Gefahr eines
neuen Niedriglohnsektors, mit dem der bestehende Linien- und Taxiverkehr kanniba-
lisiert werden kann, ist aus unserer Sicht noch nicht gebannt“, betont Behle.

Behle kritisierte, dass im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs durch die No-
25 vellierung des Gesetzes keine Verbesserungen erzielt wurden, die Sozialdumping ver-
hinderten: „Im ÖPNV werden Aufträge im Schnitt alle acht Jahre neu vergeben, den
Beschäftigten drohen dann Arbeitsplatzverlust oder schlechtere Arbeitsbedingungen.“
In Deutschland seien zudem sogenannte eigenwirtschaftliche Antragsteller im Vorteil
gegenüber kommunalen und tarifgebundenen Unternehmen, da sie soziale Standards
30 nicht einhalten müssen und damit Kosten sparen würden.

„Soziale Standards wie Tarifverträge sollten gleichermaßen für alle Unternehmen gel-
ten“, fordert die Gewerkschafterin. „Die Union hat sich im Koalitionsvertrag zu dieser
Klarstellung bekannt – nun blockiert sie. CDU/CSU und insbesondere Verkehrsminis-
35 ter Scheuer sind dafür verantwortlich, dass das PBefG trotz einzelner Verbesserungen
gegenüber dem Entwurf nicht für Modernisierung mit sozialem Fortschritt steht, son-
dern weiterhin Wettbewerb durch Sozialdumping zulässt. Jetzt fürchten die Busfahrer
und alle anderen Beschäftigten im ÖPNV weiterhin bei jeder neuen Auftragsvergabe
um ihre Zukunft.“

40 Behle wies darauf hin, dass es enorm wichtig gewesen wäre, die Attraktivität der Bran-
che voranzutreiben, insbesondere auch, weil in den nächsten zehn Jahren jeder zweite
Beschäftigte im ÖPNV in die Rente gehe und bis 2030 etwa 100.000 Fachkräfte be-
nötigt würden.

45

Für Rückfragen: Mira Ball, 0151/14291356

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Martina Sönnichsen
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de